

02.03.2018

EU-Parlament stärkt Grundrechte von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen

Klarer Handlungsauftrag für Deutschland

*Die Europäische Grundrechtecharta gilt für alle EU-Mitgliedstaaten. Anlässlich des Berichts vom EU-Parlament über den Stand der Implementierung erklärt **Axel Hochrein, Bundesvorstand im Lesben- und Schwulenverband (LSVD)**:*

Der Bericht des EU-Parlaments ist ein klarer Handlungsauftrag für die kommende Bundesregierung und stärkt die [Forderungen des Lesben- und Schwulenverbandes \[https://www.lsvd.de/politik/bundestagswahl-2017.html\]](https://www.lsvd.de/politik/bundestagswahl-2017.html) (LSVD). Unmissverständlich werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, für die Vornamen- und Personenstandsänderung eine menschenrechtsbasierte Gesetzgebung ohne demütigende Hürden und pathologisierende Diagnosen zu garantieren. [Das ist in Deutschland nach wie vor nicht der Fall \[https://www.lsvd.de/newsletters/newsletter-2017/fuer-eine-menschenrechtsbasierte-gesetzgebung-zur-anerkennung-der-geschlechtsidentitaet.html\]](https://www.lsvd.de/newsletters/newsletter-2017/fuer-eine-menschenrechtsbasierte-gesetzgebung-zur-anerkennung-der-geschlechtsidentitaet.html) .

Deutschland verhindert seit Jahren einen EU-weiten Antidiskriminierungsschutz. Dadurch werden Menschen in vielen europäischen Ländern weiter Rechte vorenthalten, die sie in Deutschland durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz bereits haben. Das EU-Parlament und der LSVD fordern die Verabschiedung der [fünften Anti-Diskriminierungsrichtlinie \[https://www.lsvd.de/politik/bundestagswahl-2017/3-diskriminierung-gegen-lsbt-gesetzlich-beseitigen.html\]](https://www.lsvd.de/politik/bundestagswahl-2017/3-diskriminierung-gegen-lsbt-gesetzlich-beseitigen.html) durch die EU-Kommission.

Zudem ist die EU-Kommission aufgefordert, Menschenrechtsverletzungen an intergeschlechtlichen Menschen zu dokumentieren, insbesondere durch kosmetische Genital-Operationen an intergeschlechtlichen Menschen. Ein [explizites Verbot dieser Operationen in Deutschland ist endlich im Koalitionsvertrag \[https://www.lsvd.de/newsletters/newsletter-2018/koalitionsvertrag-praktisch-ohne-lesben-schwule-bisexuelle-trans-und-intergeschlechtliche-menschen.html\]](https://www.lsvd.de/newsletters/newsletter-2018/koalitionsvertrag-praktisch-ohne-lesben-schwule-bisexuelle-trans-und-intergeschlechtliche-menschen.html) vorgesehen – als einzige konkrete Forderung im Bereich Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen.

Der LSVD schließt sich auch der Forderung nach einer Garantie der Freizügigkeit für Regenbogenfamilien innerhalb der EU-Mitgliedstaaten sowie die klare Verurteilung von Umpolungstherapien an. Sogenannte „Umpolungs- und Konversionstherapien“, die vor allem von religiös-fundamentalistischen Organisationen angeboten werden, zielen ausgehend von einer Abwertung von Homosexualität und Transsexualität auf eine Änderung von Sexualverhalten, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität ab und sind insbesondere für Jugendliche sehr belastend.

Hintergrund

Bundespressestelle
Markus Ulrich

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Pressemitteilung



- Bericht des EU-Parlaments [<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A8-2018-0025+0+DOC+XML+V0//DE>] (english [<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A8-2018-0025&language=EN>])
- Verabschiedete Änderungsträge [<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONGML+AMD+A8-2018-0025+001-008+DOC+WORD+V0//EN>] (Amendments)

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.